

Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verkehr
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Postvermerk
Nr. 30.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 64.

Montag, 18. März 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla, des Hauptpostamtes, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Kontingente für die Monate des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kaiserstr. 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Anna Laura verehel. Eichner geb. Stendte** (jetzt verehel. Vertram) eingetragene Grundstück, bestehend aus Wohnhaus, 2 Pferdeställen, Wagenschuppen und Schlachthaus, Folium 56 des Grundbuchs und Nr. 82 B Abth. A des Grundkatasters für Riesa, im Flurbuche mit Nr. 570 bezeichnet, 5,7 Ar groß und mit 75,11 Steuerereinheiten belegt, geschätzt auf 14849 M. — Pf. soll an hiesiger Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden und es ist

der 2. Mai 1895, vormittags 10 Uhr
als Anmeldetermin,

ferner

der 18. Mai 1895, vormittags 10 Uhr
als Versteigerungstermin,

sowie

der 30. Mai 1895, vormittags 10 Uhr

als Termin zu Verhängung des Verteilungsplans anberaumt worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Bei Eröffnung der Sitzung des Staatsraths am Sonnabend theilte Sr. Majestät der Kaiser einen Artikel der Zeitung „Das Volk“ vom 15. d. M. mit, in welchem abfällige Bemerkungen über den Staatsrath gemacht worden. Sr. Majestät erklärte, daß derartige Beschimpfungen des Staatsraths, dessen Vorsitzender zu sein Sr. Majestät sich zu einer besonderen Ehre rechne, eine Bosheit und Taktlosigkeit dieses Blattes bezeugten, die man nicht ungerügt hinnehmen könne, sondern öffentlich zurückweisen müsse. — In der Sitzung am Freitag wurden die Verhandlungen über die Maßnahmen der Währungsreform nach der Pause fortgesetzt und mit Annahme des nachfolgenden Antrages abgeschlossen: „Nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers in der Sitzung des Reichstages vom 15. Februar d. J. soll, ohne unserer Reichsregierung zu präjudizieren, unter Anerkennung einer nachtheiligen Rückwirkung des zunehmenden Werthunterschiedes zwischen Gold und Silber auf das Erwerbsleben, mit den verbündeten Regierungen die Herbeiführung eines Meinungsverständnisses mit anderen Staaten über gemeinschaftliche Maßregeln zur Abhilfe in Erwägung gezogen werden. Mit Rücksicht auf diese Erklärung, von welcher der Staatsrath mit Befriedigung Kenntnis genommen hat, glaubt derselbe, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiteren Maßregeln zu ergreifen sind, sondern das Ergebnis der in Aussicht genommenen Schritte abzuwarten ist.“ — In der Sitzung am Sonnabend wurde in die Verhandlungen zu III der Vorlage, Maßnahmen zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Erleichterung des Absatzes der Erzeugnisse“ eingetreten, welche bis zum Eintritt der Pause noch fortgesetzt wurden.

Wie die „Post“ meldet, findet die feierliche Eröffnung des Nordostsee-Kanals am 19. Juni statt. Tags zuvor werden der Kaiser und die zur Theilnahme an der Feier der Schlüsselübergabe erschienenen Fürstlichkeiten und geladenen Gäste das Fest der Stadt Hamburg annehmen, das in einer Beleuchtung der Elbufer seine Krönung erhalten wird. Die erste Durchfahrt der kaiserlichen Schiffe, die von einigen Schiffen der Hamburger Packetschiff-Gesellschaft und des Bremer Lloyd begleitet sind, wird in Rendsburg unterbrochen. Dort sollen größere Truppeneinstellungen entgegenkommen werden. Nach dem Auslaufen der Schiffe aus dem Kanal wird der Kaiser namens des Bundesraths ersucht werden, die Schlüsselübergabe zu vollziehen. Alle zur Feier erschienenen Schiffe geben Salut ab. Dann folgen Feste auf der „Hohenzollern“ und auf dem „König Wilhelm“, zu denen die Offiziere aller im Rieser Hafen erscheinenden Geschwader Einladungen erhalten.

Der bekannte Parlamentarier Freiherr v. Schorlemer-Kst ist am Sonntag Mittag 1 Uhr gestorben.

Zu einer Meldung des „Hamburgischen Correspond.“, der Kaiser habe in der Mittwoch-Sitzung des Staatsraths einer Bemerkung des Grafen Kanitz gegenüber erklärt, wenn man fortfahre, seine Person in die Debatte zu ziehen, mache man es ihm unmöglich, die Beratungen des Staatsraths zu leiten, fügt die „Berl. Neuest. Nachr.“ hinzu, der Kaiser habe, als Graf Kanitz Tags zuvor seine im Staatsrath gehaltene Rede im Wesentlichen an die Person Sr. Majestät adressierte, dem Grafen Kanitz aufgefordert, sich an die Minister zu wenden. Zum Antrag Kanitz berichten verschiedene Blätter, Fürst

Bismarck habe, dem Wortlaute oder dem Sinne nach, geäußert: „Als Abgeordneter würde ich auch für den Antrag Kanitz stimmen, nicht aber als Reichskanzler.“ Mit anderen Worten: mit der Verantwortlichkeit einer Regierung ist es nicht vereinbar, für den Antrag Kanitz einzutreten.

Vom Reichstag. Am Sonnabend beendigte man die zweite Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung. Beim Extraordinarium erklärt Staatssekretär v. Stephan auf Anregung des Abg. Grafen v. Schlieffen-Schlieffenberg (lonf.), daß bei der Vergabe von Ämtern für die Postbauten die Handwerker am Orte stets berücksichtigt werden. Der Titel „Neubau eines Dienstgebäudes in Magdeburg“ wird an die Kommission zurückverwiesen. Die Forderung für ein neues Dienstgebäude in Mey wird nach dem Antrage der Kommission gestrichen. Bei den Einnahmen wird der Kommissionsantrag, die Einnahmen aus Porto- und Telegraphengebühren um 1 830 000 Mark höher anzusetzen, angenommen. — Nachdem der Rest des Post- und Telegraphenets erledigt worden, theilte der Präsident v. Levetzow mit, daß von Mitgliedern aller Parteien ein schleuniger Antrag zur Geldstrafordnung eingebracht worden sei, für die Dauer der Abwesenheit der beiden Vizepräsidenten — der erste Vizepräsident v. Vuol ist in Folge eines Trauerfalles in seiner Familie verreiselt, der zweite Vizepräsident Bärklin erkrankt — den Abg. Spahn (Str.) zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Das Haus nimmt den Antrag ohne Debatte an. Abg. Spahn erklärt, daß er die Wahl annehme.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei. Abg. Schumacher (sozd.) bringt Beschwerden über die Arbeiterverhältnisse in der Reichsdruckerei vor. Direktor im Reichspostamt Fischer erwidert, daß in der Kommission von solchen Beschwerden keine Rede gewesen sei, er sei daher nicht in der Lage, auf die jetzt plötzlich vorgebrachten Klagen ohne jede Vorprüfung einzugehen. Aber nach den Erfahrungen, die man mit derartigen Beschwerden bisher gemacht habe, müsse er die Beamten gegen die Vorwürfe des Vorredners mit aller Entschiedenheit in Schutz nehmen. — Darauf beginnt die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Abg. Haffe (natib.) fragt an, was die Reichsregierung zum Schutz der Deutschen in Venezuela zu thun gedente. Staatsminister Freiherr v. Marschall erwidert, daß sich die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Spaniens schon früher dahin verständigt hätten, zum Schutz ihrer Landesangehörigen gemeinschaftlich vorzugehen. Es werde auch in Zukunft für den Schutz der Deutschen in Venezuela genügend gesorgt werden. Auf eine Anfrage des Abg. Schmidt-Warburg (Str.) erklärt Staatsminister Freiherr v. Marschall weiter, daß die Reichsregierung die gerechten Forderungen der deutschen Gläubiger bei der griechischen Regierung mit vollem Nachdruck gewahrt habe. Es entspreche der Gerechtigkeit, daß ein Theil der verpfändeten Ueberschüsse des griechischen Staates zu Gunsten der Verbesserung des Zinsfußes und der Amortisation verwendet werde. Die Angelegenheit sei aber eine ernste Warnung für alle diejenigen, welche Gelder anzulegen hätten. Sowohl in portugiesischen wie in griechischen Fonds hätten nicht nur Kapitalisten ihre Gelder, sondern leider auch zahlreiche kleine Leute die Ersparnisse ihres ganzen Lebens angelegt. Diese Leute müßten selbst die Augen aufmachen und nicht Alles glauben, was in den Prospekten steht. Man solle nicht ver-

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstücke lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Anmeldeetermine anzumelden. Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldeetermine in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Riesa, am 16. März 1895.

Königliches Amtsgericht.

H. Reichelt.

Sänger G.-C.

Pferde-Versteigerung.

Am 21. d. Mts., 10 Uhr Vorm. sollen im Kasernen-Hofe der Abtheilung

2 überzählige Dienstpferde

öffentlich an die Meistbietenden versteigert werden.

Riesa, den 18. März 1895.

Kommando der Reitenden Abtheilung 1. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 12.

geffen, daß die Höhe des Zinsfußes im umgekehrten Verhältnisse zur Sicherheit des Kapitals stehe. Abg. Schmidt-Warburg (Str.) bemerkt, man möge auch im Inlande durch Konvertierungen nicht Veranlassung zur Beunruhigung geben. Abg. Graf Limburg-Sturum (lonf.) bezeichnet unsere inländischen Konvertierungen als durchaus begründet und stimmt der Warnung des Staatsministers Freiherr v. Marschall zu; Griechenland sei aber leider in vieler Beziehung als Schooßkind behandelt worden, daher seien die Leute, die dort ihr Geld vertrauensvoll angelegt hatten, einigermassen zu entschuldigen. Abg. Graf Arnim (Reichsp.) hebt hervor, es müßten Maßregeln getroffen werden, damit nicht Agenten exotische Papiere bei kleinen Leuten anbringen könnten. Dem Antrage des Abg. v. Salisch (lonf.) gemäß beschließt das Haus, daß den auswärtigen Missionen nicht bloß, wie die Kommission vorgeschlagen hat, landwirtschaftliche, sondern auch forstwirtschaftliche Sachverhältnisse beigegeben werden. Schließlich wurden nach unwesentlicher Debatte alle übrigen Titel mit Ausnahme des Kolonialstats erledigt. — Im Bericht über die Freitag-Sitzung sind einige Zahlen dahin richtigzustellen, daß die Forderung für den Bau einer Kaserne in Worms von 660 000 Mark auf 400 000 Mark herabgesetzt worden ist und die abgelehnte Forderung für Vergrößerung des Schießplatzes in Völschied 1 221 000 Mark beträgt.

Oesterreich-Ungarn. Wie das österreichische Armeeverordnungsblatt meldet, ordnete der Kaiser an, daß der Feldzeugmeister v. Schönfeld und der General der Cavallerie Prinz zu Windischgrätz zu General-Truppeninspektoren ernannt werden; diese sollen dem Kaiser unmittelbar untergeordnet sein.

Mit Rücksicht auf die anlässlich des Todestages Rossuths für den 24. d. Mts. geplante große Volksdemonstration beschloß das ungarische Ministerium, die Kundgebungen, wie Umzüge und Ausschüßen schwarzer Fahnen, nicht zu verhindern, dagegen aber mit aller Strenge darauf zu sehen, daß Niemand gezwungen werde, an diesen Trauerfeierlichkeiten Theil zu nehmen. Sollte der Versuch gemacht werden, die an diesem Tage stattfindenden Theater-Vorstellungen, Ballfeste und sonstigen Unterhaltungen zu verhindern und zu stören, so wird die politische Behörde mit der größten Strenge eingreifen. Es wird deshalb für diesen Tag außer einem Massenaufgebot von Polizei auch Militär in Bereitschaft gehalten.

Rußland. Ueber die innere Politik in Rußland hat die russische Oberprüfungsverwaltung an die Redaktionen verschiedener Blätter ein Schreiben gerichtet, in dem der Ansicht entgegengetreten wird, daß mit der inneren Politik des verstorbenen Zaren gebrochen werden solle. Die Regierung denke nicht daran, eine andere Richtung einzuschlagen.

Die Versammlung vom Bund der Landwirthe im Wettiner Hofe zu Riesa.

Die am Sonnabend gut besuchte, meist aus Landwirthen bestehende Versammlung eröffnete Herr v. Altröck als Vorsitzender mit einem Hoch auf Sr. Majestät den König Albert. Als stellvertretender Vorsitzender fungirte Herr Gutbesitzer Greulich-Zeithain, als Schriftführer Herr Gutbesitzer Rauls-Röderau. Von Bundesmitgliedern waren vertreten die Herren Reichstagsabgeordneten Schall (W.-Kr. 7 Potsdam, d. lonf.), Sacke-Merckwig (W.-Kr. 10 Sachsen-Döbeln, d. lonf.),